

Michael Pflüger

Dr. iur., Fürsprecher

**Die Legitimation des
Gemeinwesens zur Beschwerde
in öffentlich-rechtlichen
Angelegenheiten**



DIKE

Inhaltsverzeichnis

VORWORT	V
INHALTSÜBERSICHT	XI
INHALTSVERZEICHNIS	XIII
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	XXV
LITERATURVERZEICHNIS	XXXVII
EINLEITUNG.....	1
1. PROBLEMSTELLUNG	1
2. EINGRENZUNG DES THEMAS.....	3
2.1 Die Legitimation	3
2.2 ... des Gemeinwesens	3
2.2.1 Gemeinwesen als Teilmenge der Verwaltungsträger.....	3
2.2.2 Zur internen Organisation der Verwaltungsträger	5
2.3 ... zur Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten.....	7
2.3.1 Gegenstand der Arbeit	7
2.3.2 Nicht behandelte Fragen	10
2.4 Beschränkung auf Beschwerden gegen Entscheide (Art. 82 lit. a BGG)	12
2.5 Aufbau der Arbeit.....	14
ERSTER TEIL: GRUNDLAGEN.....	17
3. DAS VERWALTUNGSRECHTSVERHÄLTNIS	17
3.1 Das Verwaltungsrechtsverhältnis als Grundstruktur des materiellen Ver- waltungsrechts.....	17
3.1.1 Der Begriff des Verwaltungsrechtsverhältnisses	17
3.1.2 Inhalte von Verwaltungsrechtsverhältnissen	19
3.2 Die am Verwaltungsrechtsverhältnis Beteiligten	20
3.2.1 Der Aufgabenträger und die berechnigte oder verpflichtete Person.....	20
3.2.2 Die Beteiligten des Verwaltungsrechtsverhältnisses und ihre Rolle im erstinstanzlichen Verwaltungsverfahren	21
a) Ausgangslage.....	21
b) Urheber der Verfügung	22
c) Materielle Verfügungsadressatin bzw. materieller Verfügungsadressat. 24	
d) Drittbetroffene	24
3.2.3 Verschiedene Beteiligungsmöglichkeiten des Gemeinwesens am Verwaltungsrechtsverhältnis.....	25
a) Das Gemeinwesen als Aufgabenträger	25

	b) Das Gemeinwesen als berechtigte oder verpflichtete Person.....	26
	c) Das am Verwaltungsrechtsverhältnis nicht beteiligte Gemeinwesen.....	27
	d) Tabellarische Zusammenfassung	28
3.2.4	Zur Bestimmung des Aufgabenträgers	28
	a) Problemstellung.....	28
	b) Untaugliche Kriterien	29
	c) Lösungsvorschlag.....	31
4.	DIE LEGITIMATION ALS SACHURTEILSVORAUSSETZUNG.....	34
4.1	Definition der Legitimation	35
4.2	Funktion und Zweck der Beschwerdelegitimation	37
5.	ABGRENZUNG GEGENÜBER ANDEREN SACHURTEILSVORAUSSETZUNGEN.....	41
5.1	Parteifähigkeit.....	41
5.1.1	Definition	41
5.1.2	Verhältnis zwischen Parteifähigkeit und Beschwerdelegitimation	44
5.1.3	Zur Parteifähigkeit von Gemeinwesen und seinen Verwaltungseinheiten	45
	a) Gemeinwesen	45
	b) Einzelne Verwaltungseinheiten.....	46
5.2	Prozessfähigkeit.....	49
6.	ZUM ZWECK DER VERWALTUNGSRECHTSPFLEGE.....	49
6.1	Die verschiedenen Zwecke der Verwaltungsrechtspflege gemäss Lehre und Rechtsprechung	50
6.1.1	Streitbeilegungsfunktion	50
6.1.2	Individualrechtsschutzfunktion	51
6.1.3	Verwirklichung des objektiven Rechts.....	51
6.1.4	Fortentwicklung des materiellen Verwaltungsrechts	52
6.2	Methode der Zweckbestimmung	52
6.3	Folge: Unmöglichkeit einer generellen Zweckbestimmung	54

**ZWEITER TEIL: DIE BESCHWERDEBEFUGNIS DES GEMEINWESENS
GESTÜTZT AUF DAS ALLGEMEINE BESCHWERDERECHT VON
ART. 89 ABS. 1 BGG – BUNDESGERICHTLICHE PRAXIS UND
HERRSCHENDE LEHRE**

7.	DAS ALLGEMEINE BESCHWERDERECHT BEI PRIVATPERSONEN	56
7.1	Die Beschwer als Voraussetzung für die Legitimation.....	56
7.2	Die formelle Beschwer	56
7.3	Die materielle Beschwer.....	58
7.3.1	Definition und Funktion der materiellen Beschwer	58
7.3.2	Die beiden Elemente der materiellen Beschwer.....	60
	a) Besonderes Berührtsein (Art. 89 Abs. 1 lit. b BGG).....	60
	b) Schutzwürdiges Interesse (Art. 89 Abs. 1 lit. c BGG)	62
	c) Verhältnis der beiden Voraussetzungen zueinander.....	65

7.3.3	Die Legitimation von Privatpersonen im Einzelnen.....	66
	a) Beschwerdebefugnis des Verfügungsadressaten bzw. der Verfügungs-	
	adressatin	67
	b) Beschwerdebefugnis Drittbetroffener.....	69
	i. Ausgangslage.....	69
	ii. Zum Erfordernis der Unmittelbarkeit im Besonderen.....	69
	iii. Drittbeschwerden «contra Adressat».....	71
	iv. Drittbeschwerden «pro Adressat»	73
7.3.4	Verbot der treuhänderischen Beschwerdeführung.....	76
	a) Grundsatz.....	76
	b) Ausnahme: Die treuhänderische («egoistische») Verbandsbeschwerde..	76
7.4	Rückschlüsse auf den Zweck der allgemeinen Verwaltungsrechtspflege	78
7.4.1	Hauptzweck: Individualrechtsschutz	78
7.4.2	Nebenzweck: Verwirklichung des objektiven Rechts.....	80
	a) Verwirklichung des objektiven Rechts bloss als akzessorischer Zweck..	81
	b) Folge: Keine Garantie für den Schutz der öffentlichen Interessen	82
	c) Stattdessen: Wahrung der öffentlichen Interessen durch die Entscheid-	
	behörde	85
	i. Im erstinstanzlichen Verwaltungsverfahren	85
	ii. Im verwaltungsinternen Beschwerdeverfahren	87
	iii. Im verwaltungsexternen Beschwerdeverfahren.....	90
	iv. Fazit.....	91
8.	DIE PRAXIS DES BUNDESGERICHTS ZUR LEGITIMATION DES GEMEINWESENS	
	NACH ART. 89 ABS. 1 BGG.....	92
8.1	Ausgangspunkt.....	93
8.1.1	Die Formel des Bundesgerichts	93
8.1.2	Acht aktuelle Fälle zum Einstieg	94
8.2	Die zwei Hauptfallgruppen des Bundesgerichts.....	98
8.3	Erste Hauptfallgruppe: Das gleich oder ähnlich einer Privatperson betroffene	
	Gemeinwesen	100
8.3.1	Die Kasuistik als Ausgangspunkt	101
8.3.2	Suche nach einem massgebenden Abgrenzungskriterium	104
8.3.3	Hoheitlichkeit des Staatshandelns als Abgrenzungskriterium?	105
	a) Ausgangspunkt	105
	b) Zum Begriff des hoheitlichen bzw. nicht hoheitlichen staatlichen	
	Handelns	106
	c) Der Hoheitsbegriff bei der Beschwerdebefugnis des Gemeinwesens....	109
	d) Fazit	115
8.3.4	Die Art des Eingriffs als Abgrenzungskriterium?.....	116
	a) Die finanzielle Betroffenheit als erforderliche Voraussetzung.....	117
	b) Die finanzielle Betroffenheit als nicht ausreichende Voraussetzung....	119
	i. Erste Zusatzvoraussetzung: direkter (unmittelbarer) finanzieller	
	Nachteil	120

	ii. Zweite Zusatzvoraussetzung: mehr als blosser Nebenerscheinung des streitigen Rechtsverhältnisses	121
	iii. Eingriff in das Finanz- oder Verwaltungsvermögen als dritte Zusatzvoraussetzung?	122
	iv. Der finanzielle Nachteil genügt trotzdem nicht in jedem Fall	123
	c) Fazit.....	126
8.3.5	Die im Streit liegende Rechtsgrundlage als Abgrenzungskriterium?	126
	a) Der Ansatz von Pierre MOOR	127
	b) Vereinbarkeit mit der Praxis des Bundesgerichts.....	129
8.3.6	Zusammenfassung zur ersten Hauptfallgruppe	130
8.4	Zweite Hauptfallgruppe: Das in schutzwürdigen eigenen hoheitlichen Interessen berührte Gemeinwesen	132
8.4.1	Historische Entwicklung der zweiten Hauptfallgruppe.....	132
8.4.2	Ausgangspunkt für die weitere Untersuchung	134
8.4.3	Praxis des Bundesgerichts zum schutzwürdigen eigenen Interesse	135
	a) Allgemeingültige Regeln.....	135
	i. Negative Regeln.....	135
	ii. Positive Regeln	137
	b) Autonomiebefugnisse als Voraussetzung?	138
	c) Für die Legitimation relevante Kriterien	140
	d) Drei Untergruppen.....	144
	e) Erste Untergruppe: Wichtige vermögensrechtliche Interessen	145
	i. Im Allgemeinen	145
	ii. Das Gemeinwesen als Steuergläubiger im Besonderen.....	149
	iii. Das Gemeinwesen als Erbringer von Sozialhilfeleistungen im Besonderen.....	151
	iv. Zusammenfassung zur ersten Untergruppe.....	154
	f) Zweite Untergruppe: Eingriffe in spezifische eigene Sachanliegen.....	154
	g) Dritte Untergruppe: Bundesrechtswidrigerklärung kantonalen Rechts..	158
8.4.4	Der Ansatz von Pierre MOOR zum schutzwürdigen eigenen Interesse	161
	a) Konstellation A: Anfechten eines Entscheids eines eigenen Organs	162
	b) Konstellation B: Anfechten eines Entscheids eines anderen Verwaltungsträgers durch das Urhebergemeinwesen	164
	c) Konstellation C: Anfechten eines Entscheids eines anderen Verwaltungsträgers durch ein Gemeinwesen, das zuvor nicht selbst verfügt hat.....	166
8.4.5	Zusammenfassung zur zweiten Hauptfallgruppe	168
8.5	Exkurs: Zulässige Rügen beschwerdebefugter Gemeinwesen.....	169
8.6	Kritische Würdigung der bundesgerichtlichen Praxis	171
9.	ALTERNATIVANSÄTZE IM SCHRIFTTUM ZUR LEGITIMATION DES GEMEINWESENS NACH ART. 89 ABS. 1 BGG	174
9.1	Der Ansatz von Isabelle HÄNER	175
9.2	Der Ansatz von Urs BAUMGARTNER	179

DRITTER TEIL: DIE BESCHWERDEBEFUGNIS DES GEMEINWESENS	
GESTÜTZT AUF DAS ALLGEMEINE BESCHWERDERECHT VON ART. 89	
ABS. 1 BGG – VERSUCH EINER NEUORDNUNG..... 181	
10.	GRUNDLAGEN FÜR EINE NEUKONZEPTION 181
10.1	Ausgangspunkt 182
10.2	Die eigenständige Sachurteilsvoraussetzung der Parteifähigkeit 184
10.2.1	Ausgangslage 184
10.2.2	Festhalten an der Parteifähigkeit als eigenständige Sachurteilsvoraussetzung 185
	a) Parteifähigkeit als eigenständige gesetzgeberische Wertung..... 185
	b) Mindestmass an Eigenständigkeit als Grundvoraussetzung für die Legitimation..... 186
	c) Problematik der Interorganstreitigkeiten 188
10.2.3	Folgen für Beschwerden einzelner Verwaltungseinheiten..... 191
10.3	Erstes Erfordernis der Subordination 192
10.3.1	Ausgangspunkt..... 192
10.3.2	Begriff der Subordination 193
	a) Subordination als fehlende Macht über das Anfechtungsobjekt..... 193
	b) Keine Subordination bei Macht über das Anfechtungsobjekt..... 194
10.3.3	Ursprüngliche und nachträgliche Subordination..... 196
10.3.4	Folgerungen für die Beschwerdebefugnis..... 199
	a) Bei der ursprünglichen Subordination 199
	b) Bei der nachträglichen Subordination..... 199
10.3.5	Subordination des Gemeinwesens unter seine eigene Judikative?..... 201
	a) Problemstellung 201
	b) Entstehungsgeschichte von Art. 89 BGG 203
	c) Folgerungen aus dem Gesetzgebungsprozess 205
	d) Fazit 208
	e) Argumente für eine Ausweitung der Beschwerdebefugnis der Kantone de lege ferenda 209
10.4	Zweites Erfordernis der formellen Beschwer..... 214
10.4.1	Das Erfordernis der Verfahrensbeteiligung 215
	a) Im Allgemeinen 215
	b) Beim Gemeinwesen als materieller Verfügungsadressat 216
	c) Beim Gemeinwesen in der Rolle des Urhebers 217
	d) Beim Gemeinwesen in der Rolle des Drittbetroffenen 217
10.4.2	Das Erfordernis des Unterliegens 219
10.5	Drittes Erfordernis der materiellen Beschwer 219
10.5.1	Ausgangspunkt..... 219
10.5.2	Zur teleologischen Auslegung von Art. 89 Abs. 1 lit. a und b BGG 220
	a) Bundesgericht und herrschende Lehre: Individualrechtsschutzfunktion..... 220

	i. Vom Zweck der materiellen Beschwer zum Zweck der allgemeinen Verwaltungsrechtspflege	220
	ii. Folgen	221
	iii. Hintergründe für die Individualrechtsschutzkonzeption	224
	b) Alternativer Ansatz: Betroffenschutzfunktion	227
	i. Definition und Begründung	227
	ii. Folge: Öffnung der allgemeinen Verwaltungsrechtspflege zur Austragung von Konflikten zwischen Verwaltungsträgern	233
	iii. Fazit	234
10.5.3	Das Erfordernis des schutzwürdigen Interesses im Lichte der Betroffenschutzfunktion	235
	a) Allgemeingültige Regeln	235
	b) Zum Interesse des Aufgabenträgers an der richtigen Aufgabenerfüllung	237
	i. Die Notwendigkeit zweier Sphären bei der herrschenden Sichtweise	238
	ii. «Privatähnliche» Betroffenheit als Anknüpfungspunkt?	240
	iii. Hoheitlichkeit bzw. Amtlichkeit als Anknüpfungspunkt	244
	iv. Autonomiebefugnisse als tauglicher Anknüpfungspunkt?	245
	c) Neuer Ansatz: schutzwürdiges Interesse des Aufgabenträgers an der richtigen Aufgabenerfüllung	249
	d) Auswirkungen	255
	e) Zusammenfassung zum schutzwürdigen Interesse	257
11.	DIE BESCHWERDEBEFUGNIS DES GEMEINWESENS IN EINZELNEN KONSTELLATIONEN	258
11.1	Das Gemeinwesen als materieller Adressat einer Verfügung	258
11.1.1	Normalfall: Das Gemeinwesen als Adressat einer Verfügung eines anderen Verwaltungsträgers	258
	a) Das Gemeinwesen als Adressat von Verfügungen	258
	b) Beschwerdebefugnis in diesen Fällen	262
	i. Zum Erfordernis der Subordination	262
	ii. Zum Erfordernis der materiellen Beschwer	263
	c) Anwendungsfälle zulässiger Beschwerden	265
11.1.2	Sonderfall: Das Gemeinwesen als Adressat einer «In-sich-Verfügung»	267
	a) Die «In-sich-Verfügung»	267
	b) Beschwerdebefugnis des Gemeinwesens gegen «In-sich-Verfügungen»	271
11.2	Das Gemeinwesen als einfacher Urheber einer Verfügung	272
11.2.1	Keine Beschwerdebefugnis aus der Eigenschaft als einfacher Urheber	273
11.2.2	Allenfalls: Beschwerdebefugnis als Drittbetroffener	274
11.3	Das Gemeinwesen als qualifizierter Urheber einer Verfügung	274
11.3.1	Ausgangslage	274
11.3.2	Zum Erfordernis der Subordination	275

11.3.3	Zum Erfordernis der materiellen Beschwer	276
	a) Bei Beschwerden «contra Adressat»	276
	b) Das schutzwürdige Interesse bei Beschwerden «pro Adressat»	280
	i. Fragestellung	280
	ii. Grundsatz: Zulässigkeit der Beschwerde «pro Adressat»	281
	iii. Ausnahme bei mitwirkungsbedürftigen Verfügungen.....	283
11.3.4	Verhältnis zur heutigen Praxis des Bundesgerichts	285
11.4	Das vertretene Gemeinwesen	286
11.5	Das Gemeinwesen als Drittbetroffener	289
11.5.1	Allgemeine Anforderungen an das Anfechtungsinteresse bei Dritt- betroffenheit.....	289
	a) Das im nicht hoheitlichen Wirkungskreis drittbetroffene Gemein- wesen	289
	b) Das als Hoheitsträger drittbetroffene Gemeinwesen	290
	i. Ausgangslage.....	290
	ii. Situationen mit eigenständigen Interessen drittbetroffener Gemeinwesen	292
11.5.2	Unmittelbare finanzielle Auswirkungen auf das drittbetroffene Gemein- wesen	293
11.5.3	Das in seiner eigenen Aufgabenerfüllung behinderte drittbetroffene Gemeinwesen.....	297
	a) Behinderung in der Erfüllung einer eigenen Aufgabe	297
	i. Ausgangspunkt	297
	ii. Voraussetzungen für die Legitimation	298
	b) Behinderung bei der Erfüllung «gemeinsamer» Staatsaufgaben?	299
	c) Beschwerden zur Wahrung der Kompetenzordnung insbesondere.....	301
	d) Beschwerderecht bei Entscheiden mit Auswirkungen auf die Gesamtheit oder einen Grossteil der Bevölkerung?.....	302
11.5.4	Beschwerdebefugnis bei Beschwerden «pro Adressat» bei mitwirkungs- bedürftigen Verfügungen	304
11.6	Grafische Zusammenfassung des eigenen Ansatzes	308

**VIERTER TEIL: DIE BESCHWERDEBEFUGNIS DES GEMEINWESENS
GESTÜTZT AUF DIE BESONDEREN BESCHWERDERECHTE NACH**

ART. 89 ABS. 2 BGG	309
12. EINFÜHRUNG IN DIE BESONDEREN BESCHWERDERECHTE	310
12.1 Erfordernis der gesetzlichen Grundlage	310
12.2 Arten besonderer Beschwerderechte und ihre Zwecke	312
12.2.1 Die verschiedenen Arten besonderer Beschwerderechte	312
12.2.2 Die Zwecke von Verfahren gestützt auf besondere Beschwerderechte	316
12.2.3 Grafische Zusammenfassung zu den Arten und zum Zweck der besonderen Beschwerderechte	319

Inhaltsverzeichnis

12.3	Echte besondere Beschwerderechte im engeren Sinn.....	320
12.3.1	Definition	320
12.3.2	Trägerinnen und Träger solcher Beschwerderechte	320
	a) Einzelne Verwaltungseinheiten.....	320
	b) Typische Trägerinnen und Träger und mögliche Anwendungsbereiche	321
	i. Beim dezentralisierten Vollzug.....	322
	ii. Bei Aufgaben, an deren Erfüllung der Aufgabenträger (nach heutiger bundesgerichtlicher Rechtsprechung) kein genügendes Interesse hat	324
	iii. Bei weisungsfreien Verwaltungseinheiten mit besonderem technischem Fachwissen	325
12.3.3	Legitimationsvoraussetzungen	326
	a) Persönlicher und sachlicher Anwendungsbereich	326
	b) Nicht: Materielle Beschwer.....	326
	c) Stattdessen: Gefährdung der richtigen und rechtsgleichen Anwendung des Rechts im Aufgabenbereich der Behörde	327
	i. Grundsatz.....	327
	ii. Kein Beschwerderecht «pro Adressat»?	329
	iii. Kein Beschwerderecht bei fehlender «Aktualität»?	331
	iv. Kein Beschwerderecht bei Entscheiden ohne Präjudizwirkung?	333
	d) Teilweiser Verzicht auf das Erfordernis der formellen Beschwer.....	334
	e) Eventuell zusätzlich Relativierung des Erfordernisses der Subordination	335
12.4	Echte besondere Beschwerderechte im weiteren Sinn.....	335
12.4.1	Definition	335
12.4.2	Trägerinnen und Träger solcher Beschwerderechte.....	336
	a) Gemeinwesen oder einzelne Verwaltungseinheiten.....	336
	b) Typische Trägerinnen und Träger und mögliche Anwendungsbereiche	336
12.4.3	Legitimationsvoraussetzungen	337
	a) Persönlicher und sachlicher Anwendungsbereich	337
	b) Materielle Beschwer wird meist vermutet.....	338
	c) Teilweiser Verzicht auf das Erfordernis der formellen Beschwer und/oder Relativierung des Erfordernisses der Subordination	339
12.5	Quasi-echte besondere Beschwerderechte.....	340
12.5.1	Definition	340
12.5.2	Typische Trägerinnen und Träger und mögliche Anwendungsbereiche.....	340
12.5.3	Legitimationsvoraussetzungen	342
	a) Persönlicher und sachlicher Anwendungsbereich	342
	b) Materielle Beschwer wird vermutet	342
	c) Formelle Beschwer und Subordination	342

13.	DIE BESCHWERDERECHTE NACH ART. 89 ABS. 2 LIT. A UND B BGG.....	342
13.1	Qualifikation der Beschwerderechte	342
13.1.1	Bei Beschwerden gegen kantonale Urteile	343
13.1.2	Bei Beschwerden gegen eidgenössische Urteile	345
13.2	Trägerinnen und Träger der Beschwerderechte	347
13.2.1	Unmittelbare Trägerinnen und Träger	347
13.2.2	Mittelbare Trägerinnen und Träger.....	348
13.3	Legitimationsvoraussetzungen	351
13.3.1	Gefährdung der richtigen und rechtsgleichen Anwendung des Bundes- rechts im Aufgabenbereich der Behörde.....	351
13.3.2	Teilweiser Verzicht auf das Erfordernis der formellen Beschwer	352
	a) Keine Pflicht zur Teilnahme an vorinstanzlichen Verfahren	352
	b) Exkurs: Recht zur Teilnahme an vorinstanzlichen Verfahren?.....	353
	c) Erfordernis des Unterliegens	355
13.3.3	Relativierung des Erfordernisses der Subordination.....	355
14.	DAS BESCHWERDERECHT NACH ART. 89 ABS. 2 LIT. C BGG.....	356
14.1	Trägerinnen und Träger des Beschwerderechts	357
14.2	Legitimationsvoraussetzungen	359
14.2.1	Berührtsein als Träger hoheitlicher Gewalt	359
14.2.2	Ausdrückliches Geltendmachen von Autonomie und einer Autonomie- verletzung	360
14.3	Die materielle Prüfung von Autonomiebeschwerden.....	362
14.3.1	Doppelschritt bei der materiell-rechtlichen Prüfung.....	362
14.3.2	Erster Schritt: Bestand von Autonomiebefugnissen	363
	a) Definition der Autonomie	363
	b) Autonomie in der Rechtsetzung.....	365
	c) Autonomie in der Rechtsanwendung.....	366
	d) Typische Bereiche mit Autonomiebefugnissen	369
14.3.3	Zweiter Schritt: Die Verletzung der Gemeindeautonomie.....	372
	a) Mögliche Formen von Autonomieverletzungen	372
	b) Die Rechtmässigkeit des Hoheitsakts entscheidet über das Vorliegen eines unrechtmässigen Eingriffs	373
	c) Folge für die im Rahmen von Art. 89 Abs. 1 lit. c BGG zulässigen Rügen.....	375
14.4	Qualifikation des besonderen Beschwerderechts	377
14.4.1	Zur Natur des Beschwerderechts	377
14.4.2	Das Verhältnis zum allgemeinen Beschwerderecht nach Art. 89 Abs. 1 BGG	378
15.	DIE BESCHWERDERECHTE NACH ART. 89 ABS. 2 LIT. D BGG.....	381
15.1	Art. 89 Abs. 2 lit. d BGG als Verweisungsnorm.....	381
15.2	Beschwerderechte eidgenössischer Behörden.....	382
15.2.1	Trägerinnen und Träger solcher Beschwerderechte.....	382

15.2.2	Zweck und Beschwerdevoraussetzungen	384
15.3	Beschwerderechte von Kantonen und von kantonalen Behörden.....	386
15.3.1	Beschwerderechte auf dem Gebiet des Steuerrechts	386
	a) Art. 73 Abs. 2 StHG	386
	i. Sachlicher Anwendungsbereich.....	386
	ii. Trägerinnen und Träger des Beschwerderechts	389
	iii. Weitere Legitimationsvoraussetzungen?	390
	iv. Zweck und Qualifikation des Beschwerderechts	391
	b) Art. 146 Satz 2 DBG	393
	i. Sachlicher Anwendungsbereich und Trägerinnen und Träger des Beschwerderechts	393
	ii. Legitimationsvoraussetzungen.....	393
	iii. Zweck und Qualifikation des besonderen Beschwerderechts	394
15.3.2	Beschwerderechte auf dem Gebiet des Raumplanungs- und Umweltrechts ..	395
	a) Art. 34 Abs. 2 RPG	395
	i. Sachlicher Anwendungsbereich.....	395
	ii. Legitimationsvoraussetzungen.....	398
	iii. Zweck und Qualifikation des Beschwerderechts	400
	b) Art. 56 USG	402
	c) Art. 12g Abs. 1 NHG	404
	i. Sachlicher Anwendungsbereich.....	404
	ii. Legitimationsvoraussetzungen.....	406
	iii. Zweck und Qualifikation des Beschwerderechts	407
	d) Art. 46 Abs. 3 WaG.....	408
	e) Art. 29 GTG	408
15.3.3	Beschwerderechte auf dem Gebiet des Infrastruktur- und Verkehrsrechts ...	409
	a) Art. 24 Abs. 2 SVG	409
	i. Art. 24 Abs. 2 lit. a SVG.....	409
	ii. Art. 24 Abs. 2 lit. b SVG	411
	b) Art. 14 Abs. 2 FWG	411
	c) Art. 49 Abs. 4 Satz 2 KEG	412
	d) Art. 130 Abs. 2 MG.....	413
	e) Art. 87 Abs. 2 i.V.m. Art. 78 Abs. 1 EntG.....	414
15.3.4	Beschwerderechte auf dem Gebiet des Sozialversicherungsrechts.....	415
	a) Art. 102 Abs. 2 AVIG	415
	i. Trägerinnen und Träger sowie sachlicher Anwendungsbereich	415
	ii. Legitimationsvoraussetzungen.....	417
	iii. Zweck und Qualifikation des Beschwerderechts	417
	b) Art. 62 Abs. 1 ^{bis} ATSG.....	418
15.3.5	Beschwerderechte in anderen Rechtsgebieten.....	420
	a) Art. 51 Abs. 2 BÜG.....	420
	i. Sachlicher Anwendungsbereich.....	420
	ii. Legitimationsvoraussetzungen.....	421

iii. Zweck und Qualifikation des Beschwerderechts.....	422
b) Art. 7 Abs. 2 TEVG.....	423
c) Art. 21 Abs. 2 i.V.m. Art. 20 Abs. 2 lit. b BewG	423
i. Trägerinnen und Träger sowie sachlicher Anwendungsbereich.....	423
ii. Zweck und Qualifikation.....	424
d) Nicht: Art. 83 Abs. 3 BGG.....	425
15.4 Beschwerderechte von Gemeinden	425
15.4.1 Beschwerderechte auf dem Gebiet des Raumplanungs- und Umweltrechts..	426
a) Art. 34 Abs 2 RPG.....	426
b) Art. 57 USG.....	429
c) Art. 12 Abs. 1 lit. a NHG.....	430
d) Art. 46 Abs. 3 WaG	431
15.4.2 Beschwerderechte auf dem Gebiet des Infrastruktur- und Verkehrsrechts....	432
a) Art. 2 Abs. 3 ^{bis} und Art. 3 Abs. 4 Satz 3 SVG.....	432
b) Art. 14 Abs. 1 lit. a FWG.....	433
c) Art. 130 Abs. 2 MG.....	434
d) Art. 87 Abs. 2 i.V.m. Art. 78 Abs. 1 EntG	435
15.4.3 Beschwerderechte in anderen Rechtsgebieten	435
a) Art. 51 Abs. 2 BüG.....	435
b) Art. 21 Abs. 2 i.V.m. Art. 20 Abs. 2 lit. c BewG.....	435
SCHLUSS.....	437
16. ZUSAMMENFASSUNG	437
 STICHWORTVERZEICHNIS.....	 443